

SVP Klartext



Jetzt Mitglied werden
unter svp.ch/mitglied

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Januar 2024

**Weniger Geld
ins Ausland!**

Seite 4



**13. AHV-Rente
verteuert das
Leben für alle**

Seite 5



**Bern will Schweiz
an EU ausliefern**

Seite 9



AHV ruinieren?



**13. AHV-
Rente
NEIN**

Finanzpolitisches Harakiri der Linken verhindern

Die Linken planen mit der 13. AHV-Rente einen Grossangriff auf unser Portemonnaie. Auch sonst lassen sie jede haushälterische Disziplin vermissen. Die SVP widersetzt sich dem fahrlässigen Treiben und kämpft entschieden für gesunde Staatsfinanzen.

Gesunde Finanzen sind das Fundament eines gesunden Staates. Oder umgekehrt formuliert: Ein Staat, der seine Finanzen nicht im Griff hat, ist nicht gesund. Er ist krank. Diese Binsenweisheit müssen wir uns auch im Jahr 2024 vergegenwärtigen. Denn finanzpolitisch stehen wir vor enormen Herausforderungen. Die Mitte-links-Mehrheit im Parlament lässt jede haushälterische Disziplin vermissen und findet immer wieder neue Tricks, um unser Steuergeld zu verschleudern.

13. AHV-Rente kostet 5 Milliarden pro Jahr

Die Linken blasen zum Grossangriff auf das Portemonnaie der Steuerzahler und der arbeitenden Bevölkerung. Mit einer 13. AHV-Rente, über die wir am 3. März an der Urne abstimmen, wollen sie das Geld mit der Giesskanne verteilen. Das führt zu horrenden Kosten von 5 Milliarden Franken pro Jahr. Bezahlen müssen das der

Mittelstand und letztlich alle durch höhere Mehrwertsteuern und höhere Lohnabzüge. Linke Politik funktioniert immer nach demselben Muster: Die Linken verteilen um. Sie geben das Geld anderer Leute aus, das sie selbst nicht verdient haben. Und dabei gelingt ihnen erst noch das Kunststück, sich bei diesem Raubzug auf unser hart erarbeitetes Geld als moralische Sieger darzustellen. Diesem verlogenen finanzpolitischen Harakiri müssen wir uns entschieden entgegenstellen.

Milliardenteuren Asyl-Wahnsinn stoppen

Dasselbe gilt für den Asylbereich. Auch hier laufen die Kosten völlig aus dem Ruder. Sie haben sich innert kürzester Zeit auf vier Milliarden Franken pro Jahr ver-

vielfacht! Und dies allein auf Bundesebene. Die Folgekosten für Kantone und Gemeinden übersteigen diesen Betrag bei weitem. Langfristig können wir diese Last nicht stemmen. Das Totalversagen der Asylpolitik muss gestoppt werden. Die SVP ist die einzige Partei, die dazu wirksame Lösungen vorschlägt.

Beschäftigen wird uns auch im neuen Jahr die EU-Politik des Bundesrats. Das neue Verhandlungsmandat mit Brüssel ist bloss alter Wein in neuen Schläuchen. Der Bundesrat will die Schweiz dem EU-Diktat unterwerfen – mit automatischer Rechtsübernahme, einem EU-Gericht und fremden Richtern. Das wäre das Ende unserer Selbstbestimmung und unserer direkten Demokratie. Das wird die SVP entschieden bekämpfen!

Marco Chiesa

Ständerat und Präsident der SVP Schweiz



Nein zu noch mehr Steuern und Abgaben für Gewerkschaftsinitiative



Von Thomas Aeschi,
Nationalrat und
SVP-Fraktionspräsident,
Baar (ZG)

Bitte stimmen Sie am 3. März deutlich Nein zur eidg. Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente des schweizerischen Gewerkschaftsbundes, denn diese würde jährlich wiederkehrend 5 Milliarden Franken kosten – Tendenz stark steigend. Eine 13. AHV-Rente müsste ein weiteres Mal der schon heute stark belastete Mittelstand über höhere Lohnabzüge und eine höhere Mehrwertsteuer bezahlen (Erhöhung von heute 8,1 % auf bis zu 10 %). Damit würde die Kaufkraft der Schweizerinnen und Schweizer, die wegen den hohen Wohnkosten, der hohen Energiepreise und den stark gestiegenen Krankenkassenprämien bereits heute unter Druck ist, noch weiter geschwächt.

Mitte-Links will den Mittelstand noch mehr schröpfen!

Statt dass die Schweiz sorgfältig mit dem hart erarbeiteten Steuergeld umgeht, droht uns wegen der fahrlässigen Politik

von Mitte-Links die gleiche Misere mit Milliarden-Schulden und neuen Steuern für die arbeitende Bevölkerung wie der hochverschuldeten EU. So kostet die SP-Prämien-Initiative, über die wir im Juni abstimmen werden, jährlich zusätzliche 4,5 Milliarden Franken, die Kita-Initiative der SP würde gemäss Bundesrat ebenfalls Milliarden Franken Mehrkosten verursachen, das von SP und Grünen geforderte Roadpricing würde die individuelle Mobilität auf der Strasse stark verteuern und auch die Klimafonds-Initiative von SP und Grünen würde zu massiv höheren Steuern und Abgaben führen. Bereits heute bezahlen wir für die schädliche Asylpolitik von Mitte-Links alleine auf Bundesebene jährlich 4 Milliarden Franken, wegen der masslosen Zuwanderungspolitik von Mitte-Links steigen die Wohnkosten immer weiter und

die hohen Energiepreise haben wir der gescheiterten «Energiestrategie 2050» der Bundesrätinnen Doris Leuthard (Mitte) und Simonetta Sommaruga (SP) zu verdanken.

Aufgrund der Demographie und der steigenden Lebenserwartung ist die AHV bereits heute sanierungsbedürftig und die laufenden Renten sind nur noch bis 2030 finanziert. Um die AHV auch für zukünftige Generationen zu sichern, bitte ich Sie eindringlich, unbedingt Nein zur Gewerkschaftsinitiative für eine 13. AHV-Rente zu stimmen!



Mittelstand

Das ungebremste Ausgabenwachstum stoppen und voller Fokus auf die Schweiz

Weniger Geld ins Ausland!

Der Bund befindet sich finanzpolitisch im Dauerregen und die aufziehenden Wolken werden immer dunkler. Die verantwortungslose Ausgabenpolitik von Mitte-Links gefährdet die finanzpolitische Stabilität. Armee und Landwirtschaft wurden hingegen während Jahrzehnten totgespart.



Von Lars Guggisberg,
Nationalrat,
Kirchlandach (BE)

Wovor die SVP immer gewarnt hat, ist heute traurige Gewissheit: In Europa herrscht wieder Krieg; es ist nicht der ewige Frieden ausgebrochen. Und nun, wo die geopolitische Lage aus dem Ruder läuft, wo die Selbstversorgung mit Lebensmitteln und eine intakte Armee plötzlich für (fast) alle wieder wichtig ist, besteht enormer Handlungsbedarf.

Aufgrund der fehlgeleiteten Finanzpolitik von Mitte-Links hat der Bund 2023 für Migration und Entwicklungshilfe mehr als doppelt so viel ausgegeben (CHF 7.74 Mia.) wie für Landwirtschaft und Ernährung (CHF 3.720 Mia.). Das ist bedenklich!

Die eigene Bevölkerung versorgen und schützen

Es ist höchste Zeit, endlich das ungebremste Ausgabenwachstum zu stoppen. Der Grundsatz muss lauten: Weniger Geld ins Ausland und voller Fokus auf die Schweiz! Nur so können wir unsere Bevölkerung künftig verlässlich versorgen und schützen. Dazu brauchen wir eine starke, produzierenden Landwirtschaft und eine glaubwürdige, gut ausgerüstete Armee.

Weiter muss das Wachstum der Personalkosten endlich gestoppt werden. Und der Bund soll nicht Steuergelder für Bereiche ausgeben müssen, die in den Kom-

petenzbereich der Kantone fallen – wie z.B. bei der Kita-Finanzierung, wo der Bund plötzlich über 700 Millionen be-rappen soll.

« **Weniger Geld ins Ausland und voller Fokus auf die Schweiz! Nur so können wir unsere Bevölkerung künftig verlässlich versorgen und schützen.** »

Fazit: Es braucht nach Jahren der Masslosigkeit wieder mehr Ausgabendisziplin, Fokus auf die Schweiz, tiefere Personalkosten und eine Entflechtung der Aufgaben zwischen Bund

und Kantonen. Wenn wir diese Massnahmen konsequent umsetzen, werden sich die düsteren Wolken wieder verziehen. Andernfalls werden wir finanzpolitisch noch lange Zeit auf Sonnenschein warten müssen.



Wir sind wichtiger!

13. AHV-Rente verteuert das Leben und gefährdet Arbeitsplätze

Die Initiative der Gewerkschaften für eine 13. AHV-Rente hätte drastische Folgen für unsere Arbeitsplätze. Darum müssen wir am 3. März geschlossen NEIN stimmen.



Von Esther Friedli,
Ständerätin,
Ebnet-Kappel (SG)

Die AHV gehört zu den wichtigsten sozialen Errungenschaften der Schweiz. Unser bedeutendstes Sozialwerk steht jedoch vor gewaltigen Herausforderungen. Die geburtenstarken Jahrgänge kommen ins Rentenalter und wir alle werden immer älter. Die Folge: Da das Sozialwerk neben Beiträgen aus der allgemeinen

Bundeskasse, der Mehrwertsteuer und den Spielbankenerträgen im Umlageverfahren von den Erwerbstätigen finanziert wird, müssen immer weniger Leute im Berufsleben mehr Renten finanzieren. Man braucht kein abgeschlossenes Mathematikstudium, um zu verstehen, dass diese Rechnung auf Dauer nicht aufgehen kann.

Weiss man, dass die AHV schon in wenigen Jahren mehr ausgibt, als sie einnimmt, steht die Initiative für eine 13. AHV-Rente völlig quer in der Landschaft. Statt die 1. Säule nachhaltig zu sichern und tiefe Renten gezielt zu verbesser-

ern, bürdet die Initiative kommenden Generationen zusätzliche Kosten von jährlich rund 5 Milliarden Franken auf.

Besonders besorgniserregend: Die Initianten wissen nicht, wie dies zu bezahlen ist. Denn diese Mehrausgaben lassen sich nicht mit wenigen Einsparungen im Bundeshaushalt finanzieren. 5 Milliarden sind mehr, als der Bund z.B. pro Jahr für die Landwirtschaft ausgibt. Und die Forderung nach Einsparungen bei der Entwicklungshilfe findet leider nur bei der SVP Anklang. In der vergangenen Dezembersession gelang es uns nicht einmal, 20 Millionen Franken bei den Geldern zu kürzen, die wohl indirekt bei der Hamas landen.

Noch weniger im Portemonnaie

Mitte-links will von solchen Einsparungen nichts wissen. Das bedeutet, dass die Mehrausgaben bei einer 13. AHV-Rente über höhere Lohnabzüge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer finanziert werden müssen. Höhere Lohnabzüge bedeuten eine weitere Verteuierung der Arbeit. Dies ist gerade für KMU's schwierig und würde akut Arbeitsplätze gefährden.

Schliesslich hat jede Verteuierung der Arbeit und jede Erhöhung der Mehrwertsteuer direkte Konsequenzen für die Konsumentinnen und Konsumenten: Alles wird teurer, die Kaufkraft sinkt. Das würde besonders junge Familien und Alleinerziehende hart treffen, die schon heute am meisten unter steigenden Mieten und Krankenkassenprämien leiden.



13. AHV-Rente: Milliarden Geschenk an die Rentner im Ausland

Die 13. AHV-Rente klingt gut, erhält die arbeitende Bevölkerung doch auch einen 13. Monatslohn. Die Befürworter argumentieren daher mit der Gleichbehandlung – das ist reiner Populismus. Die Höhe der Rente bemisst sich immer nach dem Jahreseinkommen. Was sie verschweigen: Von einer 13. AHV-Rente profitieren vor allem Rentner im Ausland. Und: Eine 13. AHV-Rente kostet Milliarden – diese Mehrkosten müsste einmal mehr der Schweizer Mittelstand bezahlen.



Von Martina Bircher,
Nationalrätin,
Aargau (AG)

Die Initiative der Gewerkschaften für eine 13. AHV-Rente ist extrem teuer: Bei einer Annahme der Vorlage würden jährliche Mehrkosten von 5 Milliarden Franken anfallen. **Das kann sich die AHV schlicht nicht leisten.** Damit wäre die nächste Mehrwertsteuererhöhung so sicher wie das Amen in der Kirche. Die Arbeitnehmenden würden zusätzlich

über höhere Lohnabzüge zur Kasse gebeten. Im Klartext: Mit der 13. AHV-Rente wird das Leben für alle teurer und dem Mittelstand bleibt noch weniger vom hart verdienten Geld zum Leben.

Besonders stossend ist aber, dass von der 13. AHV-Rente vor allem Rentner im Ausland profitieren würden. Ende 2022 bezogen fast eine Million Personen im Ausland eine Schweizer AHV-Rente. Knapp 7 Milliarden Franken werden ins Ausland bezahlt. Mit einer 13. AHV-Rente würden in erster Linie all diese Ausländerinnen und Ausländer sowie die Auslandschweizer profitieren. Sie

erhalten im Giesskannenprinzip mehr Geld. Die Mehrkosten hingegen müssten sie weder mit höherer Mehrwertsteuer noch mit höheren Lohnabzügen mittragen.

Die AHV ist unser wichtigstes Sozialwerk. Wir dürfen sie nicht in den Ruin treiben. Wir dürfen der arbeitenden Bevölkerung, der jungen Generation und dem Mittelstand keine übermässige Zusatzlasten aufbürden. Und wir dürfen die Generationensolidarität nicht überstrapazieren. **Deshalb müssen wir der 13. AHV-Rente am 3. März an der Urne eine klare Abfuhr erteilen.**



Unsozial und extrem teuer – deshalb NEIN zur 13. AHV-Rente

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund will den Sozialstaat weiter ausbauen und fordert in einer Volksinitiative eine 13. AHV-Rente für alle. Achtung: dieses Geschenk ist vergiftet! Was die Initianten verschweigen.



Von Rémy Wyssmann,
Nationalrat,
Kriegstetten (SO)

Diese zusätzliche Rentenerhöhung ist nicht nötig: Die Kaufkraft ist bereits heute gesichert

Regelmässig werden die Leistungen der AHV an die Lohn- und Preisentwicklung angepasst. So wurde die maximale monatliche AHV-Altersrente auf den 1. Januar 2023 von CHF 2'390.– auf CHF 2'450.– angepasst.

Zusatzrenten für Reiche: Es profitieren jene, die es am wenigsten benötigen

Die Initiative ist nicht sozial. Sie will die AHV nach dem Giesskannenprinzip verteilen. Über 85 Prozent der Rentner sind jedoch nicht auf eine zusätzliche AHV-Monatsrente angewiesen.

« Die Initiative ist nicht sozial. Sie will die AHV nach dem Giesskannenprinzip verteilen. Über 85 Prozent der Rentner sind jedoch nicht auf eine zusätzliche AHV-Monatsrente angewiesen. »

sen. Besonders zynisch: Millionäre mit einer hohen AHV-Rente erhalten eine höhere 13. Rentenzahlung als jene, die eine tiefe Rente haben. Die Zusatzleistungen kommen so nicht gezielt jenen 15 % zugute, die sie auch wirklich benötigen. Die Bedürfti-

gen wirksam entlasten sollen weiterhin die Ergänzungsleistungen zur AHV (EL). Wem die Rente und das Einkommen nicht zum Leben reichen, hat einen rechtlichen Anspruch auf steuerfreie EL.

Zusatzkosten in Milliardenhöhe: Die Initiative treibt die AHV in den Ruin

Immer mehr Rentner stehen immer weniger Erwerbstätigen gegenüber, die diese Renten finanzieren müssen. Und da die Menschen in der Schweiz älter werden, beziehen sie auch länger eine Rente. Die AHV steht mit einem Bein am finanziellen Abgrund. Die laufenden Renten sind nur bis 2030 finanziert. Bereits ab 2033 wird die AHV über 3 Milliarden Franken mehr ausgeben, als sie einnimmt – und das ohne die Mehrausgaben einer 13. AHV-Rente. Die von den Initianten geforderte 13. AHV-Rente gefährdet mit Zusatzkosten von 5 Milliarden Franken pro Jahr das langfristige Überleben der AHV.

Aus diesen Gründen ist die 13. AHV-Rente am 3. März 2024 an der Urne abzulehnen. Stimmt:

NEIN

Inserat

Wir freuen uns auf Anfragen von SVP-lern

politagentur.ch
Strategie Planung - Umsetzung

Umsetzer – nicht nur Berater!

Werbefachmänner für bürgerliche Projekte, Wahl- und Abstimmungskämpfe, Parteien, Organisationen, Vereine und KMUs. Unkompliziert, fair und auf Augenhöhe.

Eine Auswahl unserer Dienstleistungen:

- ✓ Werbekampagnen von A bis Z
- ✓ Werbeplanung / Marketing-Mix
- ✓ Sammeln von Unterschriften
- ✓ Online-Kommunikation
- ✓ Social Media-Kampagnen
- ✓ Geschäftsführung
- ✓ Medienkompetenz
- ✓ Texten / Ghostwriting
- ✓ Layout / Grafik
- ✓ Webdesign

Anian Liebrand
Inhaber und Geschäftsführer
Tel. 079 810 11 91
info@politagentur.ch

David Trachsel
Projektleiter
Tel. 076 567 00 36
trachsel@politagentur.ch

Politagentur.ch GmbH, Postfach, 6110 Wolhusen LU

Buchempfehlung:

«KEIN WEG IST ZU WEIT»



Die Autorin *Sabina Geissbühler-Strupler* begibt sich auf einen Streifzug durch ihr vielfältiges und hochinteressantes Leben.

Die in ihren Tagebüchern seit der zweiten Klasse festgehaltenen Ereignisse beschreiben ihre bewegte Vergangenheit.

Sie zeigen ihre Verbundenheit mit der Natur und ihr Engagement im sozialen und politischen Leben.



Ihre Lebensgeschichte ist geschickt ins Weltgeschehen und in geschichtliche Ereignisse der Schweiz eingebettet.

Als Lehrperson, langjährige SVP-Politikerin, aktives Mitglied der AUNS (Pro Schweiz), der Vereinigung «Pro Libertate» und als Präsidentin der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen werden viele politische Stationen beschrieben: der dramatische Besuch im Bundesbrief-Archiv 1992 in Schwyz vor der EWR-Abstimmung, die Wahlveranstaltung mit Umzug in Bern, die wegen den linken Chaoten zu kriegsähnlichen Ausschreitungen führte oder die Abwahl von Bundesrat Christoph Blocher, die sie durch die damals neu in den Nationalrat gewählte Tochter Andrea hautnah miterlebt hat.

Trotz schweren Schicksalsschlägen ermutigt das Buch dazu – oft auf Umwegen (*Kein Weg ist zu weit*) – Lösungen zu suchen oder das Unabänderliche anzunehmen.

Das Buch «*Kein Weg ist zu weit*» ist in jeder Buchhandlung erhältlich und kann bei Schweizerzeit-Büchertisch, Postfach 54, 8416 Flaach oder buechertisch@schweizerzeit.ch, für 29.70 CHF (plus Porto) bestellt werden.

NEIN zum Kolonialvertrag mit Brüssel – NEIN zur Abschaffung der direkten Demokratie

Bern will die Schweiz an die EU ausliefern

Die unehrliche EU-Politik des Bundesrates geht weiter: Er präsentiert schon wieder ein Rahmenabkommen mit EU-Recht und EU-Richtern, spricht aber beschönigend von einer «Paketlösung». Die Mitte-links-Mehrheit will die Schweizer Bevölkerung entmachten.



Von Franz Grüter,
Nationalrat und Mitglied
der Aussenpolitischen
Kommission, Eich (LU)

Kurz vor Weihnachten liess der Bundesrat die Katze aus dem Sack: Er will ein neues Verhandlungsmandat mit der EU abschliessen. Das «übergeordnete Ziel» sei, so der Bundesrat in seiner Mitteilung, «den bilateralen Weg» langfristig zu stabilisieren und «weiterzuentwickeln».

Zeitpunkt und Formulierung zeigen: Es geht weiter mit der unehrlichen EU-Politik des Bundesrates und der anderen Parteien. Natürlich hat man es vermieden, die EU-Frage vor den Wahlen am 22. Oktober 2023 zu thematisieren. Sonst hätte ja noch die SVP profitieren können ... Dann wartete Aussenminister Ignazio Cassis seine wacklige Wiederwahl im Dezember ab. Und jetzt also der nächste Angriff.

Das Volk will keinen Unterwerfungsvertrag

Erinnern wir uns: 2021 brach der Bundesrat die Verhandlungen mit der EU ab wegen zu grosser Differenzen in einzelnen Dossiers wie Lohnschutz, staatliche Beihilfen, Unionbürgerrechtslinie usw. Diese Punkte sind übrigens immer noch nicht gelöst. Wichtiger ist: Die SVP kritisierte schon 2021, dass der Bundesrat den Hauptgrund gegenüber der EU nicht klar machte – dass die Schweiz nämlich zwingend EU-Recht übernehmen müsste. Und dass der Europäische



Gerichtshof bei Streitfragen das letzte Wort hat. Mit anderen Worten: fremdes Recht und fremde Richter für die Schweiz. Diesen Kolonialvertrag mit der EU können wir niemals akzeptieren.

Daran hat sich nichts geändert. Die Mehrheit des Bundesrates und auch des Parlaments ist nach wie vor bereit, die direkte

Demokratie abzuschaffen und damit die Schweizer Bevölkerung zu entmachten. Aber darüber will man nicht reden, sondern verhandelt über Nebenschauplätze, um dann irgendwelche «Erfolge» präsentieren zu können. Es ist absehbar, dass die Schweizer Bevölkerung diesen Unterwerfungsvertrag nur mit einer Volksabstimmung verhindern kann.

Asyl-Chaos sorgt für steigende Gesundheitskosten

Die Mehrheit der Asylanten sind keine Flüchtlinge, sondern Asylmigranten, die unser System missbrauchen. Sie sorgen für explodierende Kosten – auch im Gesundheitswesen. Dieser Missbrauch ist endlich zu stoppen!



Von Andreas Glarner,
Nationalrat,
Oberwil-Lieli (AG)

vor allem die Publikation der Kosten – man will wohl keinen Volksaufstand riskieren.

Also helfen wir doch dem Bund etwas auf die Sprünge. Wenn die hochbezahlten Beamten nicht in der Lage sind, die Kosten zu ermitteln, so müssen wir halt eine Schätzung vornehmen.

senden 133'909 Personen macht dies fast 719 Millionen Franken aus – allein für die Krankenkassenprämien. Wenn man davon ausgeht, dass ein Prämienzahler nur etwa 42 % an seine verursachten Gesundheitskosten bezahlt, so verursacht der Missbrauch im Asylwesen Gesundheitskosten von deutlich über 1.7 Milliarden Franken!

Sie kommen über mehrere sichere Drittstaaten – oft übers Meer. Sie verlieren immer ihre Ausweise – aber nie ihre Handys. In der absoluten Mehrheit sind es keine echten Flüchtlinge, sondern reine Wirtschaftsmigranten, die ein besseres Leben suchen – in der Regel auf Kosten der Schweizer Steuerzahler. Unsere humanitäre Tradition, das Völkerrecht und auch unsere Gutmütigkeit werden mit Füßen getreten. Und es gilt auch im Asylbereich: Es kommen zu viele und die Falschen!

Der Bund hat trotz mehreren Anfragen noch immer keine genauen Zahlen, was uns dieser gigantische Asyl-Missbrauch kostet. Nicht einmal im Gesundheitsbereich hat der Bund Zahlen, obwohl dort die Ermittlung der Kosten ein Leichtes wäre. Der Bundesrat scheut die Ermittlung und

Teure Asylmigranten

Gemäss dem Forschungsbericht «Gesundheitsversorgung und -kosten von Asylsuchenden in Basel» aus dem Jahre 2005 kosten Asylbewerber im Gesundheitswesen 40 % mehr als der Durchschnitt der ansässigen Bevölkerung. Wenn wir die aus dem Bericht publizierte Zahl von 3'796 Franken pro anwesendem Asylbewerber und Jahr für die Krankenkassenprämien mit der Kostensteigerung hochrechnen, so kommen wir auf durchschnittliche jährliche Kosten von 5'368 Franken pro Asylanter. Bei den gemäss der Asylstatistik des Bundes per 30.11.2023 anwe-

Hinzu kommen noch Sozialhilfekosten, Sicherheitskosten, Bildungskosten und vieles mehr. Allein den Bund kostete der Asylbereich letztes Jahr 4 Milliarden Franken. Dieser gigantische Missbrauch ist endlich zu stoppen!

**Gesundheitskosten
durch Asyl-Chaos**



Asyl-Chaos

«Bundesasylzentrum im Tessin:
Chiasso ist wegen krimineller
Asylsuchender
in den Schlagzeilen»

SRF, 17.11.2023

«Die Gemeinde Chiasso
klagt seit Monaten, dass
die Situation wegen der hohen
Zahl der Asylbewerber
aus dem Ruder gelaufen sei»

NZZ, 13.10.2023

**Es kommen
zu viele und
die Falschen!**

Die Tessiner Bevölkerung bekommt das Totalversagen der Asylpolitik mit voller Wucht zu spüren. Die Kosten explodieren, die Kriminalität nimmt immer bedrohlichere Ausmasse an. Wann erwacht der Rest der Schweiz?



Von Roberta Soldati,
Grossrätin,
Losone (TI)

Die Schweiz ist bekannt für ihre humanitäre Tradition. Sie nimmt selbstlos und grosszügig Menschen auf, die vor Verfolg und Krieg aus ihrem Herkunftsland fliehen. Dieser Grundsatz bedeutet jedoch nicht, dass jeder aufgrund eines falsch verstandenen Gutmenschentums wahllos aufgenommen wird. Heute ist dies leider der Fall. Das erleben wir besonders deutlich im Tessin. Die durch den Asylmissbrauch

verursachten Kosten für die Bürger explodieren – und die Bevölkerung leidet unter einem starken Anstieg der Kriminalität. Jeder sieht: Es kommen zu viele und die Falschen. Ein Grossteil der Asylbewerber ist kriminell. Sie sind fordernd, frech und brutal – von Dankbarkeit keine Spur. Die Polizei muss ständig wegen Diebstählen, Schlägereien, Raubüberfällen, Trunkenheit und ordnungswidrigem Verhalten eingreifen, ganz zu schweigen von Fällen von Belästigung und sexuellem Missbrauch selbst von Minderjährigen.

Es braucht klare Regeln

Dies alles verursacht enorme Kosten, die der Bund nicht vollständig deckt – die Zechen bezahlen müssen die Tessiner Steuerzahler. Statt «Sonntagsspaziergänge» ins

Tessiner Asylzentrum zu machen, sollte der Bundesrat klare Regeln aufstellen: Kein Geld mehr für Migranten, um Alkohol zu kaufen! Diejenigen, die Straftaten begehen und Unruhe stiften, müssen im Aufnahmezentrum eingesperrt bleiben, ohne es verlassen zu dürfen, und so schnell wie möglich abgeschoben zu werden! Wer bereits einen Ausweisungsbeschluss hat, muss unverzüglich ausgeschafft werden!

Ich hoffe, dass die Situation

im Tessin ein Weckruf

für die ganze Schweiz sein

wird – denn was jetzt

hier passiert, wird auch jenseits

der Alpen passieren!

Wolfsproblematik – akuter denn je!

In den Schweizer Medien wird ständig über die Rechtmässigkeit von präventiven Wolfsabschüssen philosophiert. Dabei verdrängt man das Kernproblem, nämlich die exponentiell anwachsenden Wolfsbestände.



Von Roman Hug,
Nationalrat,
Says (GR)

Oft wird uns eine Beruhigung der Situation vorgegaukelt. Dies ist eine ideologisch gefärbte Fehleinschätzung von links-grünen Kreisen, die leider allzu oft unwidersprochen in Schweizer Medien publiziert wird. Ein Verhalten mit fatalen Folgen für die betroffene Bevölkerung.

Dank des Engagements von SVP-Bundesrat Albert Rösti erhielten die kantonalen Behörden überhaupt erst zusätzliche Instrumente in der Wolfsregulierung. Seit

Dezember 2023 können die problematischen der insgesamt 31 Wolfsrudel gezielt bejagt werden. Eine wegweisende Arbeit des Bundesamtes für Umwelt (BAFU), die schon seit Jahren überfällig war. Doch nicht alle zuständigen Behörden in den Gebirgskantonen nutzten ihren Handlungsspielraum. Während im Wallis bis heute über 20 Problemwölfe erlegt wurden, hinkt Graubünden mit 9 Abschüssen weit hinterher. Dies ist das Versäumnis der einzelnen Regierungen und kann sicher nicht Albert Rösti angelastet werden.

Zahl der Wölfe nimmt weiter zu

Die letztjährige Zunahme um rund 100 Tiere auf insgesamt 300 Wölfe wurde vom zuständigen Bundesamt bestätigt. Das natürliche Wachstum der Wolfspopulation übersteigt damit die bis Ende Januar ge-

tätigten Wolfsabschüsse bei weitem. Die Folgen davon sind absehbar. Völlig unnötige Nutztierrisse zu Lasten der Landwirtschaft. Und damit verbunden die Aufgabe von wertvollen Sömmerungsgebieten in unseren Alpen.

Wenn sich Bauernfamilien bereits jetzt grösste Sorgen vor dem nächsten Alpsommer machen müssen. Wenn Hundehalter auch im Winter nicht mehr sicher ihren Spaziergang geniessen können. Und wenn sich einheimische Familien in Berggebieten die Route des Schulweges für ihre Kinder zwei Mal überlegen. Ja, dann ist das nicht mehr unsere Schweiz! Kämpfen wir gemeinsam weiter für eine ernsthafte Regulierung von Grossraubtieren – notfalls auch mit der Kündigung der Berner Konvention.

Jetzt die «Neutralitätsinitiative» unterschreiben und unsere Sicherheit garantieren

Bewährte Schweizer Neutralität stärken

Dank der Neutralität wurde die Schweiz unter anderem von den beiden Weltkriegen verschont. Die Mitte-Links-Mehrheit will diese Garantin unserer Sicherheit aufgeben. Unterschreiben Sie darum noch heute die «Neutralitätsinitiative»!



Von Mauro Tuena,
Nationalrat,
Zürich (ZH)

Die Schweizer Neutralität, sie ist eine der bedeutendsten Errungenschaften unserer Eidgenossenschaft. Dank der Neutralität wurde unser Land seit über 200 Jahren in keine Kriege und keine bewaffneten Konflikte miteinbezogen. Um unser Land tobten schwere Kriege, wie etwa der Erste und Zweite Weltkrieg. Doch die Schweiz blieb verschont. Seit jeher galt die Devise «Misch dich nicht in fremde Angelegenheiten ein, bleib gegenüber allen Seiten neutral».

Doch jetzt wankt unsere Neutralität, sie wird von innen angegriffen! Die Mitte-Links-Mehrheit beugt sich bereitwillig dem ausländischen Druck. Bundesrat und Parlament übernehmen eins zu eins EU-Sanktionen, welche ausschliesslich gegenüber einer Kriegspartei gelten. Plötzlich

ist man in Bundesbern gewillt, sich schleichend der NATO anzunähern. Und man unternimmt alles, um einer Kriegspartei Schweizer Waffen indirekt liefern zu können.

Schleichenden NATO-Beitritt verhindern

Neutralität kann man nicht einfach zu rechtbiegen, wie man gerade will. Neutralität mag manchmal gegenüber anderen unangenehm sein. Aber das muss man aushalten. Die Schweiz kann ihre bewährte Neutralität gut erklären. Neutralität ist ein Grundpfeiler der Schweiz. Neutralität sorgt für die Sicherheit in unserer Schweiz!

Damit weiterhin unsere Freiheit und Selbstbestimmung bewahrt werden können, lancierte ein Komitee «Die Neutralitätsinitiative». Sie ermöglicht auch in Zukunft eine aktive Friedenspolitik, sie stärkt unsere bewährte humanitäre Tradition und sie verhindert einen schleichenden NATO-Beitritt. **Unterzeichnen Sie deshalb noch heute diese wichtige Initiative und motivieren Sie auch weitere Personen dazu!**

Dringender Aufruf!

Wir sind noch nicht am Ziel.

Ich bitte Sie deshalb dringend:

Unterschreiben Sie die Initiative. Sammeln Sie in Ihrem Umfeld zusätzliche Unterschriften und senden Sie uns die Unterschriften rasch zurück.

Bögen können Sie jederzeit nachbestellen:

031 356 27 27 oder
info@neutralitaet-ja.ch
www.neutralitaet-ja.ch

Ich danke Ihnen herzlich!

JA

ZUR SCHWEIZER NEUTRALITÄT



neutralitaet-ja.ch



**Jetzt die «Nachhaltigkeitsinitiative» unterschreiben –
damit die Schweiz die Schweiz bleibt**

Stoppen wir die Zehn-Millionen-Schweiz!

Von der fehlenden Sicherheit über die steigenden Krankenkassenprämien bis zum täglichen Stau: Alle unsere Probleme haben mit der unkontrollierten Zuwanderung zu tun. Dagegen gibt es eine Lösung: die «Nachhaltigkeitsinitiative».



Von Thomas Matter,
Unternehmer und
Nationalrat, Meilen (ZH)

Die Massenkrawalle, Zerstörungen und Verletzungen der Berliner Neujahrsnacht geben zu denken. Sie sind eine direkte Folge der westlichen Willkommenskultur für nicht integrationswillige Zuwanderer. Aber ist es bei uns viel besser? Unsere Weihnachtsmärkte im Dezember mussten rundum mit «Betonpollern» geschützt werden. Damit keine Terroristen mit Lastwagen in die Menschenmassen fahren. Es ist absurd:

Statt unsere Grenzen kontrollieren wir unsere Weihnachtsmärkte!

Explosion der Prämien wegen Zuwanderern

Aber auch die massive Zuwanderung durch die Personenfreizügigkeit aus der EU macht uns enorm zu schaffen. Ein erfahrener Arzt erzählte mir, dass unser einst weltbestes Gesundheitssystem in den letzten Jahren massiv im Abstieg begriffen sei. Wer die Notfallstation eines Spitals aufsucht, muss im Schnitt mit mehreren Stunden Wartezeit rechnen – weil die Zuwanderer unser Hausarztssystem nicht kennen. Untersuchungen haben aufgezeigt, dass die Explosion der Krankenkassenprämien nicht hauptsächlich auf die Überalterung der Bevölkerung, sondern auf die Zuwanderung zurückzuführen ist.

Die Lösung heisst

«Nachhaltigkeitsinitiative»

Überall, wo wir heute in unserem Land mit Problemen kämpfen, haben diese mit dem Bevölkerungsdruck einer Neun- oder gar Zehn-Millionen-Schweiz zu tun: bei der Wohnungsnot, dem Strommangel, der ungenügenden Selbstversorgung, der Knappheit an Schulraum, Lehrkräften, Pflegepersonal, bei den vielen Staustunden, beim überforderten öffentlichen Verkehr, dem unaufhaltsamen Wachstum von Staat und Verwaltung. Dagegen gibt es eine Lösung:

**Unterscheiden Sie die Nachhaltigkeitsinitiative der SVP!
Die Schweiz soll kein zweites Hongkong werden!**

GOAL GLOSSAR

 **Kampagne**

Kampagne
<lat.> campus (Feld, Feldzug)

Wer einen Feldzug beginnen will, muss genau wissen, worauf er sich einlässt: Was ist mein Ziel? Was sind meine Stärken und Schwächen? Was macht mein Gegner? Was kann an «Unvorhersehbarem» passieren? Nur wer seine Hausaufgaben gemacht hat, wird erfolgreiche Kampagnen führen können! Wir helfen Ihnen dabei ...

Wir freuen uns auf Sie!

Alexander Segert, Geschäftsführer
8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

AHV ruinieren?

Kosten in Milliardenhöhe ruinieren unsere AHV

Bis 2033 gibt die AHV wegen der Alterung der Bevölkerung mehr als 3 Milliarden Franken mehr aus, als sie einnimmt. Die zusätzlichen jährlichen Kosten von 5 Milliarden Franken durch die Initiative fahren die AHV finanziell an die Wand.

Zahlen soll der Mittelstand

Wir alle müssten diese superteure Initiative über höhere Lohnabgaben und steigende Preise finanzieren. Die Linken ruinieren die AHV und die Kaufkraft auf einen Schlag.

Millionen fließen ins Ausland

Fast eine Million Menschen im Ausland bekäme ebenfalls ein Rentengeschenk. Das kostet jedes Jahr deutlich mehr als 500 Millionen Franken - natürlich bezahlt von der Schweizer Bevölkerung.

Reiche erhalten am meisten

Weil die Linken die zusätzliche Rente mit der Giesskanne verteilen, erhalten gerade die am meisten, die es gar nicht brauchen. Das ist unfair und unsozial.

3. März 2024
www.zukunft-sichern.ch

**13. AHV-
Rente
NEIN**



23. Nationaler SVP-Jasscup mit National- und Ständeräten der SVP

Samstag, 17. Februar 2024
09:45 bis 16:00 Uhr, Türöffnung 09:00 Uhr
in der Rollhockeyhalle Seedorf UR

Modus:

Schieber mit zugelostem Partner.
4 Passen à 12 Spiele, gewertet 48 Spiele.

Kartenart:

Französische und Deutschschweizer Karten.

Preise:

Es gibt viele attraktive Preise im Gesamtwert von über CHF 7'000.– zu gewinnen. Jeder Teilnehmer erhält ein kleines Präsent. Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger.

Schätzwettbewerb:

- 1. Preis CHF 300.–
- 2. Preis CHF 200.–
- 3. Preis CHF 100.–

Teilnahmegebühr:

- **Jass-Gebühr: CHF 30.–**
Ist per Twint oder per Banküberweisung innerhalb von zehn Tagen vorzunehmen.
- **Mittagsessen: CHF 25.–**
Bons sind an der Eingangskasse erhältlich.



Teilnehmer:

Zu diesem gemütlichen Anlass mit **Jassturnier** und **Festwirtschaft** sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder, SVP-Sympathisanten sowie alle Jass-Freunde herzlich eingeladen.

Anmeldung:

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, sich **mit dem untenstehenden Talon per E-Mail oder via Post bis spätestens am 9. Februar 2024 anzumelden** (Platzbeschränkung: 400 Personen).
Nach Ihrer Anmeldung erhalten Sie eine schriftliche Teilnahmebestätigung und Angaben zur Zahlungsmöglichkeiten.

Organisation:

SVP Uri unter der Leitung von OK-Präsident Adrian Imholz und NR Stefanie Heimgartner.

Turnierleiter:

Fabian Cadonau
(Trumpf-As AG)



Anmeldetalon

Ich melde mich für den 23. nationalen SVP-Jasscup vom Samstag, 17. Februar 2024 an:

- ☐ Deutschschweizer Karten ☐ Französische Karten ☐ Egal

Name _____

Vorname _____

Adresse _____

PLZ / Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Anmeldung bis spätestens 9. Februar 2024 an: SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern
Telefon: 031 300 58 58 / E-Mail: gs@svp.ch